AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

17. September 2021 **12.2021**

Am Montag, 20.09., muss Olaf Scholz erneut vor den Finanzausschuss des Bundestages und Fragen zur Geldwäsche beantworten. Die Scholz unterstellte Antigeldwäscheeinheit des Zolls (FIU) hat im Kampf gegen Geldwäsche versagt und verfügt nicht über kriminalistisch geschultes Personal – wenn nicht Schlimmeres. Kürzlich gab es eine Razzia in Scholz' Ministerium. Es besteht der Verdacht auf Strafvereitelung im Amt. Die FIU soll Geldwäscheverdachtsmeldungen von Banken in Millionenhöhe nicht ordnungsgemäß an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet haben.

Scholz ist sowohl in den Cum-Ex-Skandal als auch in den Wirecard-Skandal verstrickt. Geschadet hat ihm das nicht. Vielleicht, weil viele denken, das Thema sei zu kompliziert. Vielleicht auch weil sie denken, in der Finanzwelt ist Betrug ganz normal. Beim Ersten können wir helfen. Das Zweite wollen wir ändern.

Wirecard-Skandal

Die Wirecard AG ist ein insolventer deutscher Finanzdienstleister, der elektronischen Zahlungsverkehr, Risikomanagement und Kreditkarten angeboten hat. Im Juni 2020 meldete Wirecard Insolvenz an, nachdem bekannt geworden war, dass 1,9 Milliarden Euro »fehlten«. Der CEO Markus Braun wurde verhaftet, der frühere COO Jan Marsalek tauchte ab und wird mit internationalem Haftbefehl wegen Betrugs gesucht. Durch die Insolvenz verloren Tausende Anleger*innen insgesamt 20 Milliarden Euro an Börsenwert.

Der Betrug der Wirecard-Chefs war nur möglich durch ihren guten Draht zur Regierung. Als Wirecard auf dem chinesischen Markt Fuß fassen wollte, hielt die Kanzlerin bei einem Treffen mit chinesischen Offiziellen eine Fürsprache. Wirecard-Berater und Ex-Minister zu Guttenberg hatte dafür gesorgt, dass das Unternehmen in Merkels Briefing aufgenommen wurde.

Als Finanzminister war Scholz zuständig für die BaFin – die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Sie hätte genau solche Betrügereien stoppen

Olaf Scholz – der Cum-Ex-Kandidat

müssen. Es gab eine Verdachtsmeldung, dass Wirecard Geldwäsche betreiben würde. Was hat die BaFin gemacht? Anderthalb Jahre liegen lassen. Scholz ist politischer Kopf der Behörde, hat aber keine Verantwortung übernommen.

Cum... was?

Bei Cum-Ex-Geschäften werden Aktien rund um den Stichtag zur Dividendenausschüttung zwischen Banken, Fonds und Investoren hin- und her verkauft. So ist für das Finanzamt nicht eindeutig, wer die Aktie zum Zeitpunkt der Ausschüttung besessen hat. Von Dividendenausschüttungen werden automatisch 25 Prozent Steuern abgeführt. Diese gelten jedoch nur für Privatpersonen. Banken und Unternehmen können sich die Steuern erstatten lassen. Bei den oben genannten Geschäften haben die Betrüger sich Steuern erstatten lassen, die sie nie gezahlt haben. Allein der deutsche Staat wurde im Zuge dieses größten Steuerraubes in der Geschichte Europas um 31 Milliarden Euro betrogen das wären knapp 1 Millionen Euro für jede Schule in Deutschland. Im Juli 2021 urteilte der Bundesgerichtshof, dass solche Geschäfte gewerbsmäßiger Bandenbetrug seien.

Unter Scholz' Verantwortung als
Hamburger Bürgermeister verzichtete
das Finanzamt auf Rückzahlungen der
Warburg-Bank in Höhe von 47 Millionen.
Scholz traf sich mit dem Chef der Bank,
will sich aber nicht mehr daran erinnern,
wie oft und worum es bei den Treffen
ging. Der SPD-Kandidat hat also
entweder ein sehr schlechtes
Gedächtnis oder er lügt.

Was muss getan werden?

- DIE LINKE will Finanzkriminalität stoppen und die Kontrolle verbessern. Dafür müssen wir die Macht der vier größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften der Welt brechen. Diese vier Unternehmen machen derzeit rund 67 Prozent des weltweiten Umsatzes in der Wirtschaftsprüfung.
- Wirtschaftsprüfer dürfen nicht länger für die selben Unternehmen beratend tätig sein, die sie auch prüfen.

- Zur Bekämpfung von Cum-Ex-Geschäften brauchen wir einen automatisierten und datenbankgestützten Abgleich zwischen denen, die Erstattung von Kapitalertragsteuern beantragen, und denen, die tatsächlich Steuern entrichtet haben. So können Betrügereien effektiv verhindert werden.
- Die Staatsanwaltschaften und Ermittlungsbehörden der Länder müssen personell befähigt werden, die Cum-Ex-Beute einzutreiben.
- Wir wollen ein Lobbyregister und ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Ministerien. Abgeordnete dürfen nicht länger gleichzeitig auch auf der Gehaltsliste von Unternehmen stehen.

Das SPD-Programm enthält dazu nur vage Formulierungen. Ein Kanzler Scholz wird die Macht der Konzerne nicht begrenzen.

Ich möchte weitere Informationen Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema. Ich will Mitglied der LINKEN werden!	Į
Name, Vorname	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon	
E-Mail	
Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutz- grundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Daten- verarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz	

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mehr Informationen unter: www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

